

Mali 2013-2

Die mächtigsten Staaten der Welt identifizieren in einer wüsten Gegend eine Störung der von ihnen eingerichteten wüsten Lage. Das heißt Krieg!

Inhaltsverzeichnis

A. Mali: „armer Staat“, „instabiler Staat“, „failed state“: die Benutzung für Weltmarkt und die imperialistische Betreuung der Folgen produzieren ein Typ von Staat.....	2
„Armer Staat“ - als „HIPC“ mit politischen Kredit geführt.....	2
„Instabiler Staat“ - kontrolliert durch westliche Sicherheitspolitik in Afrika.....	2
„Failed state“ - Benutzung unter Intervention auf Abruf.....	3
B. Ein „Machtvakuum“ wird „Refugium von Terrorismus“: Imperialisten definieren einen Missbrauch ihres Produkts, also Auftrag ihrer Gewalt.....	4
C. Intervention – Ordnungsrecht der auswärtigen Mächte, also keine Verletzung von Völker- und Menschenrecht....	4
D. Krieg – Bündnisfragen der imperialistischen Mächte.....	6

E: Plötzlich machen die Medien alle mit Mali bekannt, so: Mali gehört zu den 25 ärmsten und höchst verschuldeten Staaten, hat Bodenschätze und ist riesengroß. Der Staat Mali hat über den Großteil seines Territoriums keine Kontrolle (mehr). In der Hauptstadt liegen nach einem Militärputsch sogar Militärs und Regierungspolitiker im Machtkampf miteinander. Im Norden haben Aufständische die Macht und sich festgesetzt.

Das alles wird berichtet – aber ganz durch die Brille: Von dort geht „für uns“ Gefahr aus. Nur von diesem Standpunkt aus wird an den Lebensverhältnissen in Mali plötzlich Interesse genommen. Berichten die Medien dann noch, dort in der Sahara hätten sich „islamistische Terroristen“ festgesetzt, zieht das Publikum sofort die erwartete Schlussfolgerung: Die muss wer abräumen und für „Ordnung und Stabilität“ sorgen. Dass das Krieg heißt, kein Grund zum Stutzen. Und bei den Rufen nach „Ordnung und Stabilität“ denkt kein Schwein einen Moment daran, was dabei für die Leute in Mali für Lebensverhältnisse herauskommen – „unsere Freiheit wird auch in Afghanistan verteidigt“, die Botschaft ist gegessen und wird abgerufen: also schon gar an „unserer Gegenküste am Mittelmeer“.

1. Gegen diese Optik hiesiger *Aufseher* über Mali ein paar Erklärungen, was für Zustände in Mali herrschen und welche Gründe die haben.

2. Gegen die Vorstellung, in Mali sei eine „Lage“ entstanden, auf die F, D usw. „reagieren“ müssten, ein paar Erklärungen, dass die seit langem *agieren* in Nordafrika, die Hersteller dortiger Zustände sind, ehe sie jetzt ihre Bürger damit vertraut machen, dass zu den Kosten „unserer Freiheit“ auch da mal wieder etwas Krieg gehört.

Dazu durchgehen, was die offiziellen und bekannten Urteile über den Staat Mali sind:

A. Mali: „armer Staat“, „instabiler Staat“, „failed state“: die Benutzung für Weltmarkt und die imperialistische Betreuung der Folgen produzieren ein Typ von Staat

„Armer Staat“ - als „HIPC“ mit politischen Kredit geführt

Ein Staat - arm – was ist das, woher kommt das, wie geht das?

- In Mali existiert ein Staat, der politisch über Land und Leute herrscht, soweit sein Gewaltapparat reicht (warum das beschränkt, dazu später). Die politische Herrschaft dient dem Zweck, dass das Herrschaftsgebiet die wirtschaftlichen Mittel für die Macht abwirft. Wie – da beginnt die Besonderheit. Der nationale Staat oder eine einheimische Wirtschaft nutzen Land und Leute kaum; Benutzung von Mali ist reserviert für ausländische Interessen: Transportrouten, flächendeckend vergebene Schürf- und Anbaurechte, Tourismus. So ist ein Staat ein „armer“, der national keine Reichtumsquellen hat, bei dem der wirtschaftliche Ertrag der Herrschaft ganz *abhängig* davon ist, was den auswärtigen Geschäftsleuten die wirtschaftliche Verwertung seiner Nutzungsrechte wert ist. Was aber ganz sicher national bei so einem Staat zu Buche schlägt, ist der Kontrollaufwand für die Ordnung, die die auswärtigen Nutzer verlangen.
- Bevölkerung dort ist das Gegenstück: Ein kleiner Teil findet Verwendung und Sold im Gewaltapparat und in lokalen Dienstleistungen an ihm, die Masse ist Überschuss, dem die Armee bei Bedarf einbläut, in wessen Grenzen sie vegetieren. Die Reproduktion der Masse ist für den Staat wirtschaftlich uninteressant oder gar auswärtigen Erschließungsprojekten im Wege und wird dann abgeräumt¹. Ein besonderer Typus kapitalistischer Armut: Von der geschäftlichen Nutzung von Gebiet rein negativ erfasst, gegenüber Staat und lokalem Markt auf Geld angewiesen, auf dem Markt aber als Verkäufer durch Importprodukte verdrängt, also ohne Verdienstquelle, weil die auswärtige Rohstoffwirtschaft keinen Bedarf an Ausbeutung der Leute hat, wieder zurückgeworfen auf ein Überleben in naturabhängiger Landwirtschaft, die immer weniger geht. Der umkämpfte Norden ist nach dem gestürzten Präsident Amadou Toumani Touré: *„In Nordmali gibt es keine Straßen, Krankenhäuser, Schulen oder Brunnen, keine Infrastruktur für das tägliche Leben. Dort gibt es eigentlich gar nichts. Ein junger Mensch aus der Gegend hat keine Chance, zu heiraten oder ein gutes Leben zu führen, es sei denn, er klaut ein Auto und schließt sich den Schmugglern an.“* (El Watan, Algier, 4. April 2009, nach LMD)
Die Bevölkerung bekommt so einen Staat also wenn, dann ausschließlich in der einseitigen, negativen Bestimmung von jeder Herrschaft zu spüren: gewaltsame Unterwerfung.
- Über so ein Land und seine Außengrenzen gewaltsam die Kontrolle zu behalten für ausländische Interessen, das ist das Entscheidende, was so ein Staat für seinen Geldertrag ins Feld führt. Wie bei Mali da Aufwand und Ertrag ausgehen, ist klar mit seiner Einstufung als HIPC.
Klar damit aber auch, wovon so eine politische Herrschaft (fort)existiert: von dem Kredit, den die auswärtigen Staaten gewähren und immer wieder umschulden und verlängern, die an dieser Benutzung dieses Stücks Afrika Interesse haben. Die sind also die Einrichter und Richter über die Staatsverhältnisse in Mali.

„Instabiler Staat“ - kontrolliert durch westliche Sicherheitspolitik in Afrika

Was führt in solchen Staaten dauernd zu Bestandsproblemen? Was heißt das, wenn Mali vom mächtigen Ausland dauerhaft als „instabiler Staat“ eingestuft ist?

- Die Lizenzgebühren vom Weltmarkt und der Kredit von den auswärtigen Mächten: Das ist die Geldquelle in so

einem Staat; Beteiligtsein am Militär- und Behördenapparat ist der Kern aller Geldwirtschaft in so einem Land. Politische Konkurrenz und Verteilungskämpfe sind daher eins. Diese Kämpfe werden umso schärfer und auch teurer, je knapper die zu verteilenden Gelder aus dem Ausland. Und das ist sicher: Die politischen Kreditgeber halten ein HIPC kurz; die auswärtigen Geschäftsgeier nutzen die Einnahmnot des Landes.

Was das produziert, dafür Mali exemplarisch: Militärs booten Politiker aus, im Bewusstsein, die Säule schlechthin in so einem Staat zu sein (was stimmt), die die Politiker vernachlässigten. Auch dass es dort 150 Parteien bei 28% Wahlbeteiligung geben soll, erklärt sich: So kämpfen Lokalmächtige um Berücksichtigung und Beteiligung bei zentralstaatlichen (Erschließungs)Projekten.

- Seit min. 10 Jahren ist Mali bei den Nato-Staaten als „instabiler Staat“ eingestuft. Das heißt: dass sie von den gewaltträchtigen Folgen ihrer eigenen Behandlung in Mali *ausgehen*, die Behandlung natürlich nicht rückgängig machen, aber *trotzdem* brauchbare Ordnung dort verlangen. Dafür kontrollieren ihre Aufklärungsdienste solche Staaten; dafür traktieren sie sie *sicherheitspolitisch* mit entwicklungspolitischer Erpressung aber auch mit Militärhilfe. Die auswärtigen Mächte wollen die von ihnen selbst angefachten Gewaltfragen unter Kontrolle halten, steuern.
- Aus dieser außenpolitischen Praxis der Aufsicht stammt die Aufseherperspektive, aus der Medien hierzulande überhaupt berichten. Da wird viel aus dem Land berichtet, aber immer gedeutet als „Risikofaktoren“, die diese Länder für die hierzulande verlangte „Stabilität“ ausbrüten:
 - Verfasstheit des Staates: „Korruption & Cliques!“ Sachlich daneben, denn Kampf um die Verteilung der auswärtigen Gelder ist der Kern allen Wirtschaftens mit Geld in einem Land wie Mali, nicht kriminelle Abweichung Einiger. Mit „Korruption“ denunzieren die westlichen Geldgeber, dass im Ergebnis ihr Ordnungsauftrag nicht erledigt wird, daran gemessen würden die Gelder veruntreut, die der Westen doch nur dafür zugesteht.
Da gehört auch die westliche Parole „Demokratie“ hin, gestern an Mali gelobt, heute dort als Fernziel gefordert. Demokratie meint in solchen Landstrichen nichts als den westlichen Ordnungsruf, dass sich die Herrschenden gefälligst auf friedliche Macht- und Geldverteilung einigen sollen. Dieses eine wirkliche Moment der Herrschaftsform Demokratie ist da die ganze Forderung. (Insofern wurscht, dass an letzter Wahl 28% Malier beteiligt wurden.)
 - Die Lage der Bevölkerung als darbende und drangsalierte verschweigen unsere Medien nicht, sondern deuten sie so: „Rekrutierungsbasis“ für Störer. Also klar: Die Störer müssen weg, nicht das Elend. Dass Durchgreifen auch ein Wohl für die Bevölkerung sei, sollen „Bürgerkriegsopfer“ belegen, die überhaupt erst dadurch zustande kommen, dass Politiker, Militärs, Machtkonkurrenten um den westlichen Auftrag konkurrieren, im Lande für die Ordnung zuständig zu sein und dafür Geld und Waffen zu kriegen.

„Failed state“ - Benetzung unter Intervention auf Abruf

Spätestens seit dem Militärputsch in Bamako vor einem Jahr haben die westlichen Weltmächte Mali als „gescheiterten Staat“ eingruppiert. Was meint das?

- Waran denn gescheitert? Daran, in Mali für die westlichen Interessen hinreichend Ordnung aufrecht zu erhalten. Ein klares Bekenntnis der – und d.h. *imperialistischen* – Staaten dazu, dass nur für ihre Interessen nationale Souveräne in solchen Landstrichen da sind. So belegen sie grundsätzlich Staaten mit Beschlag für ihre kapitalistischen oder strategischen Interessen, nicht, indem sie für einzelne Nutzungswünsche verhandeln. Die Interessen an der ganzen Sahel-Region zählen unsere Medien sogar ohne falsche Scham auf – Uran in Niger, Gold und Ackerböden in Mali, Truppenstützpunkte, Gegenküste von Europa, oder auch negative: für Europa Drogen, Flüchtlingsströme abfangen. Es geht dabei gar nicht um diese westlichen Interessen als konkrete, sondern gleich um sie als lauter doch wohl unbezweifelbar respektable Gründe, Schutz verlangen zu dürfen bis in Malis Wüste.
Jedes mögliche Interesse aus den Metropolen an den Sahel-Staaten kommt also gleich als Recht daher, für seine Durchführung Ordnung vorzufinden.
- „Failed states“: Mit diesem Typ Staaten *rechnen* die Imperialisten einfach in ihrer schönen Staatenordnung: mit dem Verkommen und gewalttätigen Zerschlagen ihrer Partner in ihrer 3. Welt.
Rechnen meint: Sie sind praktisch darauf vorbereitetⁱⁱ - mit Gewaltmitteln. Seit Jahren überwachen USA, Frankreich und seine EU-Partner den gesamten Staatengürtel der Sahara nicht nur als „instabile Staaten“. Sie stellen in diesen Staaten und deren Bündnissen wie ECOWAS Spezialtruppen auf, mit denen die „Instabilen“ bei sich gefälligst selbst für Ordnung sorgen sollen. Die Staatsführungen dort in Afrika, die dauernd mit den Zerfall ihrer Staaten in rivalisierende Truppen ringen, werden an ihrem Selbstbehauptungswillen als Herrscher gepackt, für sie soll gefälligst die Sicherung von Ordnung Vorrang haben vor dem eigenen Nutznießen. Wenn das nicht klappt, haben die Imperialisten eigene Militärstützpunkte zum Erzwingen von Stabilität. Und diese Stützpunkte soll jeder hierzulande schon wieder für eine gute Sache halten - und eine gefährdete, die

für sich Schutz und Ordnung verlangen darf.

- „Failed state“ ist also ein fest eingeplanter Typ fortlaufender Benutzung von Landstrichen unter einen Sondertyp von Sicherung verlangter Ordnung – nicht ein Ausscheiden von Staaten aus der Weltordnung.

Und dann das:

B. Ein „Machtvakuum“ wird „Refugium von Terrorismus“: Imperialisten definieren einen Missbrauch ihres Produkts, also Auftrag ihrer Gewalt

- Den als Gewaltmonopol gescheiterten Staat Mali nutzen Aufständische: Tuareg-Irredentisten und Islamisten. Sie ergreifen die Macht in Nordmali und politisieren Manche in der elenden Überschussbevölkerung mit dem Versprechen, mehr aufs Volk zu bauen, verbürgt qua Herkunft oder Glaube.
- Dieser Kampf für ein alternatives Gemeinschafts- und Herrschaftsideal, für den sie Nordmali besetzen und auch Nachbarstaaten benutzen, bleibt nicht deren innere Angelegenheit. Die auswärtigen Mächte definieren *sich* als angegriffen. Da missbrauchen welche ihren failed state als „Machtvakuum“, „destabilisieren die Region“, die „für uns“ da ist:
„Wenn der Norden Malis zerfällt, wenn dort Terroristenschulen entstehen, wenn ein sicherer Hafen gebaut werden kann für den Terrorismus der Welt, dann gefährdet das nicht nur Mali, sondern es gefährdet auch uns in Europa.“ (Westerwelle).
- Die Aufständischen verletzen die Ordnung, für die die auswärtigen Mächte dort Staaten wie Mali und seine Nachbarstaaten, ihre Grenzen, ihre Gewaltausübung haben wollen, anerkennen und ins Recht setzen. Deshalb trifft sie das westliche Urteil „Terroristen“ = Verletzer der legitimen Staatsgewalt durch illegitime Gewalt; das ist die gültige Urteilsform der auswärtigen Mächte, solcher, die über nichts anderes als berechnete und unberechnete Gewalt in der Staatenwelt entscheiden.
 Dieses Urteil, das das auswärtige Interesse an brauchbarer Staatsgewalt in Nordafrika in den Rang einer Rechtsordnung erhebt und deren Verletzung zum nicht hinnehmbaren Verbrechen, enthält auch schon die praktische Konsequenz: Diese Aufständischen gehören gewaltsam erledigt, ggfs. durch Krieg.
 - Für das Urteil - „Terroristen“ - müssen die Aufständischen in Mali gar nicht sein, was sie sind: Islamisten mit einem antiwestlichen Gemeinschafts- und Herrschaftsideal. Was für eine Gesellschaft die wollen, ob darin die Bevölkerung wirklich schlechter leben würde, was ja kaum geht – das wird nicht beurteilt, jedenfalls ergibt sich daraus nicht die westliche Verurteilung; die verurteilt die Störung dessen, wofür sie den Staat Mali haben wollen als Terror und legt das dann dem Islamismus zur Last. Wo die westlichen Imperialisten selbst einen Staat weg haben wollen und ihn deshalb für illegitim erklären, wie Syrien, bedienen sie sich ja sogar derselben Islamisten.
 In Mali werden so gesehen dem Westen zwei Produkte seines eigenen Weltordnens zur Last: sein runtergewirtschaftetes Mali und seine „Freiheitskämpfer“ gegen die SU in Afghanistan (was FAZ den Sowjets zur Last legt) und gegen Gaddafi (s. Clinton zu Bengasi).
 Und wenn der Westen sich die Sahara als „Refugium für Terroristen“ verbittet, konkretisiert er mal, wofür er dort Staatlichkeit bestellt: z.B. als Gefängnis und Endlager für solche Altlasten.
 - Wie solche Islamisten Herrschaft ausüben wollen, davon berichten die Medien schon – selektiv hergerichtet zur Feindbildpflege: Die hacken Leuten die Hand ab! Dass das deren Strafe für Diebstahl ist, dass die also das heilige Eigentum durchsetzen, wofür die USA nach drei Diebstählen Leute lebenslanglich einsperren und übrigens für andre Delikte auch die Todesstrafe anwenden – an solche Ziele von Gewaltanwendung im Staatshandeln darf niemand bei den islamistischen Sittenkriegern denken, damit man sie als pure Gewalttäter böse findet und ihren Abschuss billigt.

C. Intervention – Ordnungsrecht der auswärtigen Mächte, also keine Verletzung von Völker- und Menschenrecht

- Dem Feindbild „islamistische Menschenfeinde“ folgt kein menschenrechtlich oder gar human ausgemaltes Interventionsziel. Die auswärtigen Weltmächte sparen sich den Schwindel, es gehe um Brunnen, Mädchenschulen.
 Aus dem Urteil „Terrorismus“ leitet sich schnörkellos das Interventionsziel ab, ihn und sein „Refugium“ zu eliminieren, koste es die ganze Region, deren Bevölkerung, ja Staaten, was es wolle. (Algerien wollte nicht reingezogen werden und will jetzt mit demonstrativ gnadenlosem Ausrottungswillen den Rückzug von Malikämpfern auf sein Territorium abschrecken.) Verteidigungsminister Jean-Yves Le Drian: »Wir werden kein einziges Widerstandsnest übriglassen« (jw22.1.) Dieses Interventionsziel stand schon fest, als das Vorgehen noch gar nicht entschieden war, dass F das mit eigenen Truppen macht. Dazu später.
 - Die Medien und ihre lieben Leser hiezulande kommen damit offenbar gut klar. Sie brauchen nur ein blutrünstiges Feindbild, dann muss sich die wirkliche Feindschaft ihrer westlichen Herrschaften gar nicht

mehr mit edlen Absichten legitimieren, sondern wird als moralisches Recht begrüßt samt ihrem Vorgehen: Die peitschen Ehebrecherinnen, Bomben drauf, die schleifen Kulturdenkmäler, Bomben drauf...

- Linke behaupten immer noch, der Westen verstecke hinter „humanitären Phrasen“ seine „wirtschaftlichen (Rohstoff-) Interessen“. Das hat der nicht nötig, denn seine Interessen genießen die Anerkennung als guter Grund für „Stabilität“, also auch für deren gewaltsame Durchsetzung. Die Humanität kommt beim Feindbild zum Einsatz. Und da leuchtet auch Linken dann Krieg ein. ⁱⁱⁱ
- Viel Wert legen die Interventionsmächte auf ein Völkerrechtsmandat.
„Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat in einer Dringlichkeitssitzung am 14. Januar einhellig seine Unterstützung für das französische Eingreifen signalisiert. Bereits am 20. Dezember 2012 hatte das Gremium mit Resolution 2085 (2012) eine internationale Unterstützungsmission für Mali unter afrikanischer Führung (AFISMA) genehmigt.“
 Und für seinen direkten Einmarsch hat F irgendeine Regierung in Bamako aufgetrieben, die darum bat - zum Schutz ihrer Souveränität.
 Was soll das?
 So verschaffen sich die Aufsichts- und Interventionsmächte das Recht, das sie ohnehin in der Staatenwelt beanspruchen: Wenn sie weit ab von ihren Grenzen für ihre Interessen Stabilität verlangen, für eine genehme Ordnung sogar einmarschieren, dann ist das Wahrung einer Welt-Rechtsordnung und nicht Friedensbruch, Überfall, Ausrottung von Minderheiten oder gar der Bevölkerung...
 Das ist mehr als eine Legitimationsideologie. Wenn sich die mächtigen Staaten der Welt wechselseitig zusichern, ihre gewaltsame Intervention sei Recht, dann gilt das dank ihrer Macht fast wie ein Gesetz, dem sich alle anderen freien staatlichen Souveräne beugen müssen.
- An diesem erreichten Stand des Imperialismus, der die Unterordnung von Staaten wie Mali als Auftragsnehmer einer interessegemäßen Stabilität verlangt und zwar als zwischenstaatliche Rechtsordnung, und der für dieses Ziel auch interveniert, prallen linke Vorwürfe ab, F und andre „fallen zurück in Kolonialismus“(jw). Nein, darauf möchten heutige Imperialisten gar nicht zurückfallen, dass sie ganz allein für ihre Interessen ihre Einflusszone sichern gegen die andren Mächte. Wenn es mit denen geht.
- Mit dem UN-berechtigten Beschluss zur Intervention stand das Vorgehen noch gar nicht fest. Eigentlich wollten die auswärtigen Mächte, dass Mali selbst in der Wüste die genehme Stabilität sichert. Das haben Aufständische und Putsch vereitelt.
 Dann sollten die benachbarten westafrikanischen Staaten ihre Soldaten nach Mali kommandieren zum Ordnung schaffen – wieder nach der Logik: Wozu sonst sind diese Staaten und ihre Menschen da, als wozu USA, F, die EU ihre Streitkräfte anerkennen, ausbilden und ausstatten?! Das haben die Aufständischen durch ihre Vorwärtsverteidigung vereitelt, während die ECOWAS-Truppe noch aufgestellt wurde.
 Jetzt eliminiert F selbst die Aufständischen in ihren Stellungen und lässt schwarze Hilfstruppen hinter der Front die Säuberung erledigen.
- Exkurs zu Frankreich:
 Historisch Gebildete kann das schon an das Verheizen von schwarzen Hilfstruppen im Dienst der Armeen der Kolonialmächte erinnern. Aber Kolonialismus trifft weder Fs Kriegsziel noch sein Vorgehen.
 Auch F verfolgt die Linie, die souveränen Staaten Afrikas selbst für stabile Verhältnisse für alle möglichen frz. Interessen in der Region sorgen zu lassen. Mit Hollande ist sogar eine Selbstkritik in dieser imperialistische Frage an die Macht gekommen: „Françafrique“ stehe für eine Politik der Vergangenheit, mit der sich F viel zu parteilich eine herrschende Clique zum Stellvertreter frz. Interessen gemacht habe und diese Clique auch direkt mit frz. Militär gesichert habe; womit sich die Kontrollmacht F zur Partei in Afrika erniedrigt und als solche angreifbar macht. Stattdessen müsse F auf den souveränen Staat als solchen setzen, d.h. auch über Machtwechsel hinweg, die F frei kalkuliert, seinen Einfluss sichern. Es war also auch frz. Linie, seinen „Krieg gegen Terrorismus“ in Mali durch Afrikas Staaten selbst führen zu lassen. Warum sollte es nicht so gelingen wie für die USA gegen Gaddafi mit „leading from behind“? Auch diesen anspruchsvollen Interventionismus haben die Aufständischen mit ihrer Vormarsch kaputt gemacht. Den eigenen Einmarsch hat F nicht bestellt – vorbereitet schon länger.
 Kolonial besetzen, das ist dabei nicht Fs Ziel, das Ziel ist anspruchsvoller: Am Ende sollen dann doch die afrikanischen Staaten selbst die gewaltsame Aufsicht über sich übernehmen; dafür wird sogar das militärische Vorgehen ein Anlernprogramm.
- Bei ihrem Krieg gehen die Imperialisten davon aus, dass er zwar Feinde dezimiert, an den Quellen für Feindschaft aber nichts ändert:
„Wir haben dieser Organisation, Al Kaida, einen lähmenden Schlag versetzt und alle unsere Länder sicherer gemacht...Die meisten dieser Gruppen verfügen nicht über ähnliche Fähigkeiten und stellen keine Bedrohung für unsere Länder da, wie es Al Kaida einst tat...Aber zunehmend haben sie es auf westliche Interessen im Ausland abgesehen. Deshalb waren wir bei ihrer Verfolgung ebenso unerbittlich. Heute versuchen Extremisten

in Nordafrika und in Teilen des Nahen Ostens Folgendes auszunutzen: zunehmend durchlässige Grenzen, einen breiten unregierten Raum, einfach verfügbare Waffen, neue Regierungen, die nicht die Fähigkeiten und manchmal auch nicht den Willen haben, gegen Extremismus vorzugehen, eine wachsende Zahl enttäuschter junger Menschen, deren Zukunft von stagnierenden Volkswirtschaften gebremst wird. Dies ist kein Aufruf, Milliarden von Dollar auszugeben und Tausende von Soldaten zu entsenden, wie in der Vergangenheit. Dies erfordert eine integriertere, eine koordiniertere Strategie. Diese Bedrohung, die sich über viele Länder und Millionen von Quadratkilometern erstreckt, kann und wird nicht über Nacht verschwinden“ (Biden, München 2.2.13)

Ganz selbstverständlich lässt der Imperialismus die von ihm kaputt gewirtschafteten Staaten kaputte bleiben. Über einen riesigen Landstrich solcher Zustände pflanzt er seine Beobachtung, Drohnen usw. und kündigt der Welt einen Dauerkrieg als Normalität an.

D. Krieg – Bündnisfragen der imperialistischen Mächte

- F macht sich zur Kriegsführungsmacht in Mali und damit mit praktischer Gewalt auch zur Führungsmacht in dieser Weltordnungsfrage in der Region Nordafrika. Das wirft bei den anderen Weltmächten die Frage auf, ob F das darf. Und F bekommt das Völkerrecht aller übrigen Mächte im UN-SR zugesprochen.
 - Das, die Einigkeit der westlichen Regierungen, ist der letzte Grund dafür, dass alle westlichen Medien die öffentliche Kriegshetze in ihre Bevölkerungen transportieren, auch die deutsche: Das ist „unser Krieg“, er geht gegen „unsere Feinde“. Dass die Staaten des Westens Fs Krieg berechtigen, das übersetzen die Medien in Feindbilder von den Bekämpften, die moralisch belegen sollen, wie fraglos berechtigt ihre Liquidierung ist. Also: „Müssen wir in den Wüstenkrieg?“ (BamS)
- Dass die mächtigen Staaten F und seiner Intervention das Recht zusprechen, der Weltordnung zu dienen, ist das Eine. Damit ist aber noch gar nicht entschieden, welche Rechte F damit gegenüber den mächtigen Staaten zuwachsen. Für F ist das aber im doppelten Sinn eine entscheidende Frage. Erstens beantragt F militärische und andre materielle Beiträge der Staaten, die zugestimmt haben, also doch wohl Bündnispartner sind; immerhin hat F eine riskantere und aufwändigere Mission übernommen, als das mal mit dem Einsatz afrikanischer Truppen nach UN- Resolution 2085 und einem entsprechenden EU-Beschluss abgesehen war. Das ist keine Heuchelei, sondern eine ganz praktische Frage frz. Macht und ihrer Mittel. Aber diese Anfrage ist schon die Hälfte von Fs zweitem Antrag, dass sich unter F als Führungsmacht von so einen Ordnungskrieg die anderen Mächte, vor allem die Europas als Bündnismächte einordnen sollen. Die beanspruchen aber selber den Status von Führungsmächten in Weltordnungsaffären. Die Bündnisfrage ist zugleich eine Konkurrenzfrage. Die läuft im Fall Mali sehr reibungslos – warum?
- Die USA handeln als Weltführungsmacht, die auch Zuständigkeiten in Kriegs- und Führungsfragen zuteilen, also auch den mächtigsten Staaten ihren Platz als mächtige. Sie haben neulich schon bei der Neuordnung ihrer Bündnisordnung entschieden, dass in Nordafrika Europas Staaten wie F Krieg und Führung übernehmen sollen, wenn die USA das Gemetzel für ihre Staatenordnung für gut befinden. Libyen war der Prototyp, Mali der nächste Fall.
- Weniger geklärt ist die Bündnis-, also Führungsfrage in Europa. Insbesondere zwischen F und D. Indes:
 - D hat allen Beschlüssen des UN-SR und der EU zugestimmt. D teilt also die Diagnose „Stabilität durch Terrorismus verletzt“, also auch das Ziel, das gewaltsam zu eliminieren. Darüberhinaus: Mit dieser Zustimmung beansprucht D ja schon den Status einer Macht, die solche Kriegsfragen auf der Welt mit entscheidet.
 - D hat aber auch unzweideutig Fs Machtergreifung zugestimmt, durch die praktisch feststeht, das F in Mali die militärische Führungsmacht ist, hinter der sich D erst mal nur mit Bündnisbeiträgen einordnen kann:

„Thomas de Maizière: Dass Frankreich jetzt mit Armeekräften eingegriffen hat, ist konsequent und richtig....Frankreich handelt im Rahmen der Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und in völliger Übereinstimmung mit dem Völkerrecht. Die Bundesregierung war zuvor informiert, und Frankreich hat unsere volle politische Unterstützung.“

Dieser eindeutige dt. Schulterchluss bedarf der Erklärung: D definiert sich offensichtlich mit angesprochen in der neuen Führungszuständigkeit für Nordafrika, die die USA für die EU-Staaten ausgeschrieben haben. D ventiliert seinen Neuauftritt in der Rolle einer auch militärischen Interventionsmacht mit einer gewissen Eigenständigkeit Europas gegenüber den USA.
 - Andererseits: Mit praktischen Beiträgen zum von F beantragten Bündnis hält sich D zurück. Das erklärt sich aus seiner nationalistischen Kalkulation der imperialistischen Gelegenheit Mali. Das wäre der imperialistische Neuauftritt, aber der Störfall Mali. Wie sehr betrifft er deutsche Interessen, was entscheidet sich an ihm über den Status Deutschlands in der Welt, in welcher Bedeutung dieser Rolle kommt man aus Mali wieder heraus, was ist der Ertrag, wo Aufwand erstens klar ist, zweitens schwer

berechenbar und drittens die deutsche Militärmacht noch ziemlich unterentwickelt?

„Der frühere amerikanische Außenminister hat gesagt, wenn man in ein Land hineingeht, übernimmt man für dieses Land auch Verantwortung - vielleicht länger, als einem lieb ist. Und das muss man vorher wissen.“

- Als wollte D dafür sorgen, dass diese Berechnung nicht mit Pazifismus verwechselt wird, nutzt de Maiziere den Mali-Krieg zu einer Korrektur der Militär- und Kriegsmoral in D:
Wir brauchen außerdem realistische Ziele und nicht zu viel menschenrechtlichen Überschwang bei der Entscheidung, Soldaten in ein anderes Land zu schicken....So idealistisch es ist, sich auch mit militärischen Mitteln für Menschenrechte zu engagieren und so sehr das vielleicht auch eine rasche Zustimmung der Bevölkerung bewirkt - es trägt auf Dauer alleine nicht. Je ferner der Kulturkreis ist, umso weniger. Überdies gelingt kein Einsatz ohne Partner vor Ort. Und die Partner können wir uns auch nicht nach unseren Wunschvorstellungen malen. Ich habe ja gerade sehr zurückhaltend über Partner in Mali gesprochen. Da geht es gerade eben noch um Abstufungen von Zuverlässigkeit und Seriosität, aber mehr auch nicht.... Wir sind auch in der Regel nicht politisch verantwortlich dafür, was in fremden Ländern passiert. Dafür sind die Länder und die betreffenden Regionen selbst verantwortlich. Wir können da helfen, auch mal militärisch vielleicht, wir haben eine internationale Verantwortung, auch wir Deutschen, aber wir müssen nicht zwingend Verantwortung übernehmen, wenn es einen bitteren Bürgerkrieg irgendwo in der Welt gibt.“ (13.01.2013 F.A.Z.-Gespräch)
Das ist Ds „Lehre aus Afghanistan“: Einmarschieren, na klar, wenn es D nutzt, in Zukunft immer mal. Aber der Quatsch von gestern gehört abgeräumt, das müsse den Leuten dort helfen.

- i „Nur zwischen drei und vier Prozent der Landesfläche können als Ackerland verwendet werden, gleichzeitig beschäftigt die Landwirtschaft jedoch knapp 70 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung und erbringt etwa 39 Prozent der Wirtschaftsleistung des Landes...Die traditionelle Wirtschaftsform ist der Wanderhackbau. Angebaut wird meist bis zur Bodenerschöpfung, die nach drei bis fünf Jahren eintritt. Früher lag dieses Land dann 10 bis 20 Jahre brach, bevor es erneut bewirtschaftet wurde. Diese Zeit hat sich bis heute immer weiter verkürzt.“
 „Seit 1995 werden auch in Sadiola im Kreis Kayes Lagerstätten erschlossen. Für diese Mine verloren 43 Dörfer ihr Land.“(wiki)
- ii Seit Jahrzehnten gibt's einschlägige westliche Aktivitäten. U.a.:
 „Das Auswärtige Amt unterstützt den Aufbau der APSA (APSA: African Peace and Security Architecture) unter anderem durch Unterstützung des Aufbaus der Polizeikomponente der ASF und beim Bau eines Gebäudes für die Abteilung Frieden und Sicherheit der AU-Kommission in Addis Abeba.“ (AA)

Die Armee Malis wird seit 2007 von der Bundeswehr mit ausgemustertem Material versorgt. Das Land zählt neben Afghanistan, Ghana, Jemen, Namibia und Tansania zudem zu den Partnerländern des Ausstattungshilfeprogramms für ausländische Streitkräfte (AH-P). Anfang 2009 begann das laufende Programm für Mali mit einem Finanzvolumen von mehr als drei Millionen Euro, heißt es in einem gemeinsamen Bericht des Auswärtigen Amtes und des Bundesverteidigungsministeriums, der ZEIT ONLINE vorliegt.

Für den Zeitraum 2013 bis 2016 sind weitere Projekte für 3,3 Millionen geplant. Die Bundeswehr lieferte bereits Fahrzeuge, Material und Geräte und baute ein Ausbildungszentrum für Pioniere auf. Von Mitte November 2009 bis Ende Januar 2010 trainierten deutsche Soldaten in Mali außerdem Ausbilder der Armee des westafrikanischen Landes. Die am AH-P teilnehmenden Nationen sollen für den Einsatz bei internationalen Friedensmissionen vorbereitet werden. Ausgerechnet Mali, ein Partnerland der Bundeswehr, wird nun selber zum Einsatzort von Friedenstruppen.

Ob Deutschland mit der Teilnahme an einer Friedensmission weitere Ausrüstung an Mali liefern wird, ist noch unklar. Kanzlerin Merkel hatte kürzlich auf einer Bundeswehrtagung gezielte Rüstungsexporte als ein Instrument zur Friedenssicherung bezeichnet. Mali erhielt bislang unter anderem 32 LKW, 14 kleine Boote und vier Wolf-Jeeps von der Bundeswehr – Kriegswaffen waren nicht darunter. (ZEIT 29.10.2012)

Amerikas Fehlschlag in Mali (FAZ 17. Januar 2013):

„Die Amerikaner...2002...setzten auf die Ausbildung lokaler Armeen...“Trans-Sahara-Anti-Terror-Initiative“...Mali, Mauretanien, Tschad, Niger Ghana, Nigeria, Senegal...später ...Algerien, Marokko und Tunesien ...fünf Jahre...Budget von 500 Millionen Dollar...in den als anfällig geltenden Ländern Mali, Niger, Tschad und Mauretanien...je eine 150 Mann starke Kompanie im Anti-Terror-Kampf...Vier Einheiten mit insgesamt etwa 600 Soldaten bildeten die „Special Forces“ ...in Mali in der Abwehr von hochmobilen Gegnern aus...drei der vier Eliteeinheiten liefen mit ihren Waffen, Fahrzeugen, Munition und ihrem kostbaren Wissen umgehend zu den Rebellen über. Der Grund dafür war, dass die Kommandeute dieser Sondereinheiten Tuareg waren“

„Das United States Africa Command (AFRICOM) ist das sechste und jüngste Regionalkommando der US-Streitkräfte, das im Oktober 2007 aufgestellt wurde. Seitdem im Oktober 2008 die volle Operationsfähigkeit hergestellt wurde, ist AFRICOM das Oberkommando über US-amerikanische Militäroperationen auf dem gesamten afrikanischen Kontinent mit Ausnahme von Ägypten....Das AFRICOM soll die Aktivitäten des US-Verteidigungsministeriums und anderer US-Ministerien und Behörden im Raum Afrika koordinieren und bündeln, um die politische Stabilität und das Wirtschaftswachstum der 56 Länder im Kommandobereich zu stabilisieren und intensivieren. Die Abkopplung dieses territorialen Verantwortungsbereichs aus dem EUCOM und Überführung in ein eigenständiges Regionalkommando für den afrikanischen Kontinent soll eine noch effektivere Konzentration auf die spezifischen politischen, ökonomischen und sozialen Probleme ermöglichen.“ (wikipedia)

„The European Union is launching a new CSDP civilian mission "EUCAP SAHEL Niger" under the Common Security and Defence Policy (CSDP) in order to improve the capacities of Nigerien Security Forces (Gendarmerie, Police nationale, Garde nationale) to fight terrorism and organised crime in an effective and coordinated manner, with a view to contribute to enhancing of political stability, security, governance and social cohesion in Niger and in the Sahel region. On 23 March 2012, the Council adopted the Crisis Management Concept which informed the operational planning and on 16 July 2012 the Council gave the green light decision and the legal basis for the mission, which is to kick off in August 2012.“

- iii Die übelste Kriegshetze liefert die taz, in ihrem Kulturkampffundamentalismus den Jihadisten ebenbürtig:
„Es ist höchste Zeit gewesen, dass jemand in Mali militärisch interveniert. Das monatelange Warten unter dem Vorwand, eine politische Lösung finden zu wollen, hat die Lage im Norden nur verschlimmert...Von Anfang an gab es keinerlei Grundlage, um mit den Islamisten von Ansar Dine (Verfechter des Glaubens) zu verhandeln. Über was hätte man diskutieren wollen? Ein bisschen Scharia einführen, sodass zum Beispiel bei Diebstahl statt der ganzen Hand nur zwei Finger abgehackt werden? Oder hätte die Scharia nur in einigen der eroberten Städte zum bindenden Gesetz gemacht werden sollen?...Daher ist die Entscheidung Frankreichs, militärisch zu intervenieren, richtig. Natürlich heißt es nun: Die einstige Kolonialmacht spielt sich wieder auf. Aber wer hätte es sonst getan? Niemand! Auf internationaler Ebene ist monatelang ergebnislos diskutiert worden...Nur Frankreich hat kapiert, dass es handeln muss, und in Mali wird das überwiegend begrüßt... Damit verbunden ist eine positive Nebenwirkung: Nun sind andere Länder im Zugzwang, sich an einem Einsatz in Westafrika zu beteiligen...Der Einsatz von deutschen Soldaten gemeinsam mit anderen europäischen Streitkräften würde Mali und der gesamten Region zeigen: Wir nehmen euch und eure Sorgen und Nöte ernst! Wir reden nicht mehr nur über Demokratie, hehre Ziele und politische Prozesse. Nein, wir sind bereit, uns die Finger schmutzig zu machen und ziehen den Kopf nicht ein, wenn es konkret wird.“
 Ja, wenn es um Werte geht, dann zählt der friedensbewegte Einwand nichts mehr, dass Krieg doch schmutzige Metzerei an denen ist, die angeblich geschützt werden!